

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

VBB-Begleitservice im Umfang und Qualität erhalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den VBB-Begleitservice vollumfänglich zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, dass dieser auch in den kommenden Jahren seine alternativlose Dienstleistung für mobil eingeschränkte Nutzer*innen des Berliner ÖPNV anbieten kann.

Der Senat wird ferner aufgefordert, die bisher über das Solidarische Grundeinkommen finanzierten Stellen für den VBB-Begleitservice bei diesem zu belassen, in feste Stellen beim VBB umzuwandeln, sie zu finanzieren und die entsprechenden Verhandlungen mit dem VBB zu führen.

Begründung:

Der VBB-Begleitservice ist seit seiner Einführung im Jahr 2008 ein mittlerweile unverzichtbares Angebot an Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen, das es ihnen ermöglicht, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und so am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die UN- Behindertenrechtskonvention, geltendes Recht in Deutschland, schreibt den Abbau von Barrieren vor. Der Begleitservice ist, auch angesichts der Situation im Berliner ÖPNV, ein notwendiger Beitrag dazu. Er ist überdies ein Beitrag zu mehr Flexibilität und Selbstbestimmung der Menschen, die auf ihn angewiesen sind.

Ein Wegfall des VBB-Begleitervices, wie in der RBB-Abendschau am 06. März 2025 berichtet, würde diejenigen, die nicht anspruchsberechtigt sind, den Sonderfahrdienst zu nutzen, von Mobilitätsdiensten weitgehend ausschließen.

35 Stellen aus dem Modellprojekt Solidarisches Grundeinkommen (SGE) sind noch bis August beim VBB-Begleitervices finanziert. Das Land hat sich aber verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die SGE-Beschäftigten Anschlussbeschäftigungen im Landesdienst oder

landeseigenen Unternehmen bekommen, wenn sie nicht anderswo ein Arbeitsverhältnis aufnehmen konnten. Das bedeutet, der Senat wird die Angestellten im Begleitservice ohnehin weiter beschäftigen und die entsprechenden Mittel bereitstellen müssen. Es ist keine Lösung, die SGE-Beschäftigung unter Ignoranz ihrer neu erworbenen Qualifikationen und, wie auch in diesem Fall, besonderen Kompetenzen in Poststellen oder Grünflächenämter zu nötigen, während wichtige Beiträge zur sozialen Teilhabe, Barrierefreiheit und zum sozialen Zusammenhalt in der Stadt damit gleichzeitig zerstört werden. Unter Verwendung der Mittel zur Weiterfinanzierung der SGE-Beschäftigten muss mit dem VBB eine dauerhafte Lösung erarbeitet werden, um das Angebot über 2025 hinaus zu erhalten und darüber hinaus wirkliche Standards für den barrierefreien ÖPNV zu setzen.

Berlin, den 10.03.2025

Helm Schulze Schubert Ronneburg Breitenbach Valgolio
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke